

Der Einfluss des Algerienkrieges auf die westdeutsche Politik The influence of the Algerian War on West German politics

*Khenifer Sid-Ali **

*Universität Mohamed ben Ahmed
Oran 2,
Algerien*

sidalikhenifer@yahoo.fr

Eingangsdatum: 06/12/2025 Annahmedatum: 07/05/2026 veröffentlicht: 07/06/2026

Zusammenfassung:

Die außenpolitische Position der Bundesrepublik Deutschland während des Algerienkriegs (1954–1962) war geprägt von einem grundlegenden Spannungsverhältnis: Wie konnte die junge westdeutsche Republik einerseits ihre politische und sicherheitspolitische Bindung an Frankreich festigen, ohne andererseits ihre wachsenden Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt – insbesondere zu den arabischen Ländern, die die algerische Unabhängigkeitsbewegung unterstützten – zu gefährden? Dieses Dilemma wirft die zentrale Frage auf, inwieweit die Bundesrepublik in der Lage war, zwischen den Erwartungen ihrer westlichen Bündnispartner und ihren eigenen globalpolitischen Interessen zu balancieren, ohne ihre außenpolitische Glaubwürdigkeit zu verlieren..

Schlüsselwörter: die Schaukel-Politik, Algerienkrieg, Frankreich, Die Bundesrepublik Deutschland, Wischniewski.

Abstract:

The foreign policy position of the Federal Republic of Germany during the Algerian War (1954–1962) was characterised by a fundamental tension: how could the young West German republic consolidate its political and security ties with France without jeopardising its growing relations with Third World countries – especially the Arab countries that supported the Algerian independence movement? This dilemma raises the central question of the extent to which the Federal Republic was able to balance the expectations of its Western allies with its own global political interests without losing its foreign policy credibility.

Keywords: the balancing politicly, Algerian War, France, The Federal Republic of Germany, Wischniewski.

* *Khenifer Sid-Ali*

1 EINLEITUNG

Frankreich war für die Bundesrepublik Deutschland aus innen- wie außenpolitischen Gründen ein unverzichtbarer Verbündeter. West-Deutschland brauchte Frankreich intern, um seine Souveränität nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum 5. Mai 1955 auszudehnen und diese Souveränität dann durch die Rückgewinnung des Saarlandes im Jahr 1957 zu vollenden. Darüber hinaus war die Rolle Frankreichs beim Wiederaufbau Deutschlands unverzichtbar; sie schuf ein Modell für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern und brach endgültig mit der langbekannten Deutsch-französischen Erbfeindschaft, die die bilateralen Beziehungen lange Zeit geprägt hatte. Auf der externen Ebene bildete Paris ein notwendiges, entscheidendes Element für Bonns Rückkehr in den westlichen und besonders den europäischen Kreis.

Im Gegensatz dazu bildeten die Algerier eine gewaltige Unterstützerlobby, die die Adenauer-Administration nur schwer ignorieren konnte. Interne und externe Erwägungen hinderten Bonn folglich daran, ein aggressiveres Vorgehen gegen die algerischen Aufständischen zu nehmen. Extern spielten die blockfreien Staaten, insbesondere die arabischen Länder, dabei eine entscheidende Rolle und bekundeten öffentlich oder verdeckt ihre Sympathie für den algerischen Befreiungskampf. Es standen so nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Risiken auf dem Spiel, die den west-deutschen Interessen drohten und das Alleinvertretungsrecht gegen die D.D.R erheblich schwächten. Intern bildete eine seltsame Mischung aus Linken, Trotzlisten, Kommunisten, Kirchenaktivisten und rechtsgerichteten Gegnern des Kolonialismus eine Lobby, die die algerische Sache unterstützte. Das war der erste Versuch, um das Nachkriegsdeutschland zu entprovinzialisieren, der später zur 68er Bewegung führte.

Westdeutschland befand sich folglich angesichts des Algerienkrieges in einer äußerst schwierigen Lage. Auf der einen Seite stand Frankreich, das seine Unterstützung im Krieg gegen die algerischen Revolutionäre zur Bedingung für die deutsche Loyalität gegenüber der europäischen und westlichen Welt machte. Auf der anderen Seite betrachteten die arabischen Staaten und die Bewegung der Blockfreien Staaten die Unterstützung der algerischen Sache als einen lobenswerten Akt im Kampf gegen den Kolonialismus. Und natürlich würde jedes mit Frankreich verbündete und somit die kolonialistische Ideologie unterstützende Land Kritik und Sanktionen ausgesetzt sein, was potenziell zu einem vollständigen Abbruch der Beziehungen führen könnte. Deutschland als Exportsland war gut aufgestellt, um solche Risiken zu vermeiden.

2 AUSGLEICHSPOLITIK

Die deutsche Regierung war daher gezwungen, eine besonders sensible Außenpolitik zu betreiben: Sie musste gewissermaßen *zwischen* zwei gegensätzlichen Lagern hin- und herschwenken – zwischen Frankreich auf der einen Seite und den Staaten der Dritten Welt sowie der arabischen Welt auf der anderen. Dieser Balanceakt prägte Bonns diplomatisches Handeln und stellte eine flexible Reaktion auf eine äußerst komplexe politische Situation dar. Ziel dieser Politik war es, beide Seiten möglichst nicht zu verärgern und ein fragiles Gleichgewicht in den internationalen Beziehungen zu bewahren, um so die grundlegenden Interessen der Bundesrepublik zu sichern.

2.1 EINE ASYMMETRISCHE SCHAUKEL-POLITIK

Nach Adenauers erneutem Kanzleramt bei der Bundestagswahl vom 15. September 1957 galt sein Wahlslogan “Kein Experiment” auch für seine fortgesetzte Algerienpolitik. Vom Ausbruch des Algerienkrieges im Jahr 1954 bis Mitte 1958 lag das ungleiche Kräfteverhältnis größtenteils zugunsten Frankreichs. Aber am 13. Mai 1958 wurde die deutsch-französische Harmonie zwischen dem Sozialisten Pierre Pflimlin und dem Christdemokraten Konrad Adenauer durch einen Putsch rechtsextremer Siedler in Algerien erschüttert. Entschlossen, ihr Ziel der dauerhaften Annexion Algeriens durch Frankreich zu erreichen, notfalls durch eine Invasion der Metropole, gab die Nationalversammlung der Drohung eines Bürgerkriegs durch die Extremisten nach und übergab am 1. Juni 1958 die Macht an General de Gaulle, der schon eine bittere Erfahrung mit den Deutschen gehabt hatte. Dieses unerwartete Geschehen markierte das Ende der Vierten Republik in Frankreich unter dem Einfluss der Sozialisten. Die Bundesrepublik Deutschland war von de Gaulles Machtergreifung gänzlich überrascht.

2.1.1 DIE ASYMMETRISCHE SCHAUKEL-POLITIK

General Charles de Gaulle war in Deutschland gut bekannt: Er war im Ersten Weltkrieg von deutschen Truppen gefangen genommen worden und hatte später im Hauptquartier der Besatzungstruppen gedient. Adenauer hatte jedoch große Bedenken gegenüber de Gaulle, weil dieser drei zentrale Säulen der Bonner Außenpolitik kritisch sah: die NATO, die europäische Integration und die enge Verbindung zu den USA.

In Bonn herrschte daher Unsicherheit, ob man in Zukunft überhaupt noch eine pragmatische Außenpolitik aufrechterhalten könne. Es wurde befürchtet, dass Frankreich versuchen könnte, die NATO-Partner zu einer gemeinsamen Haltung gegen die Algerier und deren Unterstützer zu bewegen. Diplomaten des Auswärtigen Amtes – darunter Herbert Blankenhorn, seit 1958 Botschafter in Paris – warnten Adenauer deshalb vor überstürzten Schritten. Um den Druck zu verringern, schlug die

Bundesregierung vor, die Algerienfrage innerhalb der NATO zu behandeln. Das hätte die Position der Bundesrepublik gegenüber der Dritten Welt und den arabischen Staaten im Zeitalter der antikolonialen Bewegungen gestärkt. Das Treffen zwischen Adenauer und de Gaulle in Colombey-les-Deux-Églises im Jahr 1958 beendete schließlich die Phase der Unsicherheit und legte eine stabile Grundlage für eine dauerhafte deutsch-französische Zusammenarbeit.

Laut dem Diplomaten und Frankreich-Experten Paul Frank kam es 1958 jedoch zu deutlichen Spannungen zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt. Frank war der Meinung, dass Adenauer – aufgrund seines guten persönlichen Verhältnisses zu de Gaulle – die Algerienfrage offen ansprechen könne, ohne Missverständnisse zu riskieren. Doch viele Beamte im Auswärtigen Amt widersprachen entschieden. Blankenhorn zum Beispiel hielt ein Gespräch über Algerien für zu gefährlich, weil es das Verhältnis zu Frankreich belasten könne. Adenauer schloss sich dieser Einschätzung an und lehnte Franks Vorschlag ab, da er die Freundschaft zu de Gaulle nicht in einer für Frankreich so empfindlichen Frage gefährden wollte.

Frankreichs entschlossene Haltung während der zweiten Berlin-Krise im November 1958 verstärkte zudem die Abhängigkeit der Bundesrepublik von Paris – und damit auch Bonns Zurückhaltung in der Algerienfrage. Gleichzeitig war Frankreich auf deutsche Unterstützung angewiesen, um de Gaulles Algerienpolitik glaubwürdig vertreten zu können. Als Frankreich nach der Gründung der provisorischen algerischen Regierung (GPRA) im September 1958 seinen Partnern die Anerkennung dieser „Rebellenregierung“ untersagte, versicherte Bonn sofort, dass es ebenso verfahren werde. Die Einhaltung dieses Versprechens war jedoch schwierig, da die Bundesrepublik vermeiden musste, beim Selbstbestimmungsrecht mit zweierlei Maß zu messen – einerseits beim „Saar-Problem“, andererseits bei Algerien. Dennoch reagierte Bonn insgesamt vorsichtig und kompromissbereit.

Einige Regierungsmitglieder waren sogar nicht unglücklich darüber, dass die SPD durch ihre „private Außenpolitik“ – und teils auch Politiker der CDU – den algerischen Aufständischen inoffiziell halfen. Auch protestierte die Bundesregierung nicht, als der Bundestag im Januar 1959 eine gemeinsame Resolution verabschiedete, in der die Regierung aufgefordert wurde, ein Abkommen zur Entlassung junger Deutscher aus der Fremdenlegion auszuhandeln. Diese Forderung verärgerte zwar Frankreich, da es diese jungen Männer als wichtige Soldaten betrachtete. Doch die gesamte Situation, zusammen mit Frankreichs neuer Europapolitik, führte dazu, dass die Bundesrepublik ihre bisherige „asymmetrische Ausgleichspolitik“ so nicht mehr fortsetzen konnte.

2.1.2 DIE ÄQUIDISTANZ-SCHAUKEL-POLITIK

Diese Politik des gleichen Abstands zeigte sich vor allem darin, dass die Bundesrepublik gegenüber der algerischen FLN (Front de la Libération Nationale) relativ offen auftrat und gleichzeitig flexibler und selbstbewusster auf französische Forderungen und Beschwerden reagierte. Als immer deutlicher wurde, dass de Gaulle den Krieg durch Gespräche mit der FLN beenden und Algerien wahrscheinlich die Unabhängigkeit geben wollte, erschien es für die Bundesrepublik notwendig, ihre Politik so wirken zu lassen, als sei sie besonders wohlwollend und positiv eingestellt. Das galt vor allem nach seiner wichtigen Rede über das Selbstbestimmungsrecht vom 16. September 1959 und nachdem Frankreich im Januar 1961 offiziell Friedensgespräche mit der FLN einleitete – obwohl der Krieg noch weiterging.

Das Scheitern des Ost-West-Gipfels in Paris im Mai 1960 führte dazu, dass Frankreich und die Bundesrepublik ihre Zusammenarbeit noch enger gestalten wollten. Adenauer setzte auf eine stärkere politische und militärische Kooperation sowie auf eine gemeinsame Afrikapolitik. Zunächst blieb dies jedoch nur ein Wunsch, da Frankreich befürchtete, von Deutschland übergangen zu werden, während Deutschland vermeiden wollte, als „französischer Satellit“ oder Unterstützer kolonialer Interessen zu erscheinen.

Die Aktivitäten der „Roten Hand“ – einer Organisation, die in Wirklichkeit vom französischen Geheimdienst gesteuert wurde – verletzten die deutsche Souveränität und gaben Bonn zugleich einen guten Grund, sich politisch von Frankreich zu distanzieren und eine Politik des gleichen Abstands in der Algerienfrage zu verfolgen.

Weitere Hinweise auf diese Politik zeigten sich etwa in den Äußerungen des deutschen Generalkonsuls in Algier gegenüber Paul Delouvrier im Oktober 1960. Er erklärte, man hoffe in Bonn auf eine baldige friedliche Lösung, die die berechtigten Interessen aller Seiten berücksichtige und gleichzeitig die engen Beziehungen zwischen Algerien und Frankreich erhalte. Im Herbst 1960 teilte die deutsche Botschaft im Irak den arabischen Staaten außerdem mit, dass die Bundesregierung keine Maßnahmen gegen die FLN plane. Deutschlands Linie im Algerienkonflikt sei eine vollständige Neutralität – für beide Konfliktparteien. Außenminister Heinrich von Brentano kritisierte zwar intern den Begriff „Neutralität“ und bevorzugte „Nichteinmischung“, aber am offiziellen Wortlaut änderte sich nichts.

Bei den Gesprächen in Paris am 19. und 20. September 1960 bot das französische Verteidigungsministerium Deutschland Unterstützung im Süden Algeriens an, im Rahmen der militärischen Zusammenarbeit. Obwohl die Bundeswehr Interesse zeigte, lehnten die deutschen Diplomaten dieses Angebot strikt ab: Sie wollten nicht in einem

weit entfernten Krieg mitkämpfen, noch dazu in einer Region, die Frankreich bald nicht mehr kontrollieren würde.

Während des sogenannten FLN-Botschaftsvorfalles – als inoffizielle FLN-Vertreter aus Bonn ausgewiesen wurden – spielte Hans-Jürgen Wischniewski („Ben Wisch“) eine äußerst wichtige Rolle. Als eine Art inoffizieller deutscher Vertreter war er ein idealer Vermittler zwischen der Bundesrepublik und der FLN. Obwohl seine Arbeit anfangs Skepsis auslöste, wurde später anerkannt, dass er entscheidend dazu beitrug, die Politik des gleichen Abstands praktisch umzusetzen.

3 DIE MITTEL DER SCHAUKEL-POLITIK

Um dieses Gleichgewicht zu bewahren, verfolgte die Bonner Regierung eine besondere Strategie: Sie wollte ihre Beziehungen zu allen Akteuren des Algerienkriegs erhalten – sowohl zu Frankreich als auch zu den algerischen Nationalisten und den Staaten der Dritten Welt. Deshalb setzte man auf flexible Lösungen, die je nach Entwicklung des Krieges angepasst wurden, und auf eine gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Stellen.

Die Aufgaben waren klar verteilt: Innerhalb Deutschlands zwischen Regierung (CDU/CSU/FDP), Opposition (SPD), Bundestag, Auswärtigem Amt, bestimmten Botschaften sowie den Innen- und Justizministerien und den Landesbehörden. Gleichzeitig spielte die Zivilgesellschaft – also Parteien, studentische Gruppen, Gewerkschaften, Medien, Jugendorganisationen und Kirchen – ebenfalls eine wichtige Rolle.

Westdeutschland war in seiner Politik weniger durch koloniale Verpflichtungen belastet, da es selbst keine Kolonialmacht mehr war. Dadurch konnte die Bundesrepublik von der Dekolonisation profitieren, weil sie leichter wirtschaftliche Beziehungen zu den neuen unabhängigen Staaten in Asien und Afrika aufbauen konnte.

Eine besonders wichtige Rolle spielte die SPD mit ihrer Entwicklungspolitik. Ihre Haltung gegenüber Algerien wurde innenpolitisch positiv bewertet, weil sie zur Annäherung zwischen Regierung und Opposition beitrug. Außenpolitisch war sie hilfreich, weil sie half, die deutschen Interessen in Asien und Afrika zu schützen und zu stärken.

3.1 EINE SOZIALDEMOKRATISCHE NEBENAUBENPOLITIK

Der Bundeskanzler reagierte auf die wiederholten Proteste des französischen Botschafters François Seydoux de Clausonne schlau aber mit großem diplomatischen

Geschick und behauptete, die Bundesregierung trage keine Verantwortung und der Botschafter solle seine Beschwerde stattdessen an die S.P.D richten. Damit spielte Adenauer darauf an, dass die SPD als Oppositionspartei in bestimmten Fragen – wie der Fremdenlegion – deutlich freier agieren konnte als die Bundesregierung selbst.

Die SPD nutzte diese Freiheit, um Druck auf Frankreich auszuüben und gleichzeitig offen Kontakte zur FLN zu knüpfen. Ziel war es, sicherzustellen, dass die Interessen der Bundesrepublik Deutschland später einmal auch in einem unabhängigen Algerien berücksichtigt würden.

Die SPD-Führung war überzeugt, dass die deutsche Außenpolitik in den Entwicklungsländern nur dann erfolgreich sein könne, wenn alle demokratischen Parteien und Teile der Gesellschaft mitwirkten – besonders dann, wenn die Bundesregierung aus diplomatischen Gründen selbst keinen Kontakt zur FLN aufnehmen durfte.

Diese parallele Nebenaußenpolitik der SPD wirkte wie ein politisches Korrektiv in einer unsicheren internationalen Situation. Willy Brandt, der der französischen Sozialistenpartei (SFIO) eher vorsichtig gegenüberstand, erkannte aber, wie wichtig die Kontakte seiner Parteikollegen zur FLN waren. Seit Ende 1958 führte die SPD eine Art „private Außenpolitik“, indem ihre Mitglieder – unabhängig von der Regierung – Beziehungen zu FLN-Vertretern im In- und Ausland aufbauten. Dies entsprach oft auch den Interessen des Auswärtigen Amts.

SPD-Persönlichkeiten wie Rolf Raventlow, Jockel Fucks, Willy Richler, Werner Plum sowie die Bundestagsabgeordneten Peter Blachstein, Helmut Kalbitzer, Hans-Jürgen Wischnewski, Heinz Nestler, Horst Seefeld und Walter Menzel bildeten die treibende Kraft dieser inoffiziellen Politik und pflegten enge Kontakte zur FLN.

Da die Adenauer-Regierung die FLN als Terrororganisation einstufte, verweigerte sie jedem FLN-Vertreter den Zugang zum Auswärtigen Amt. Hans-Jürgen Wischnewski wurde deshalb zu einer zentralen Figur, weil er früh erkannte, wie wichtig es war, rechtzeitig Beziehungen zu den zukünftigen Entscheidungsträgern eines unabhängigen Algeriens aufzubauen. Allerdings konnte er diese Aufgabe nicht allein bewältigen, da die politische Lage in der Bundesrepublik heikel war und das Amt äußerst vorsichtig agieren musste.

Mehrere hohe Beamte des Auswärtigen Amts unterstützten die algerische Sache nach Kräften – darunter Staatssekretär Albert Hilger van Scherpenberg, der Politische Direktor und spätere Staatssekretär Professor Carstens sowie Paul Frank, Frankreich-

Experte im Auswärtigen Amt. Auch andere SPD-Mitglieder und sogar Politiker anderer Parteien, wie Ernst Majonica von der CDU, standen Wischnewski zur Seite. Zusätzlich erhielt er Rückhalt aus der außerparlamentarischen Opposition und von Solidaritätsnetzwerken für Algerien in Deutschland und Nordafrika.

Dem Team Frank–Wischnewski gelang es rasch, vertrauliche und zugleich entschlossene Kontakte zwischen dem Auswärtigen Amt und der FLN aufzubauen. Es fanden regelmäßig Treffen zwischen FLN-Vertretern wie Keramane und deutschen Politikern statt – manchmal sogar in Franks Wohnung in Köln. Bei diesen Treffen wurden die wichtigsten Differenzen offen besprochen und Lösungen entwickelt. Dabei achteten Frank und Wischnewski stets darauf, die grundlegenden Interessen Deutschlands zu schützen und gleichzeitig eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Algeriern zu ermöglichen.

So informierten die Jungsozialisten am 25. September 1958 die deutsche Botschaft in Tunesien über ihre Gespräche mit der provisorischen algerischen Regierung (GPRA). Der deutsche Botschafter betonte gegenüber dem Auswärtigen Amt den politischen Nutzen dieser inoffiziellen Kontakte. Wischnewski erreichte sogar die Zusicherung, dass die GPRA keine Beziehungen zur „DDR“ aufnehmen werde – ein wichtiger Erfolg im Rahmen der westdeutschen Alleinvertretungspolitik.

Auch für die FLN war diese Zusammenarbeit vorteilhaft. Während des sogenannten FLN-Botschaftsvorfalles, bei dem drei FLN-Vertreter in Bonn verhaftet wurden, half die abgestimmte inoffizielle und offizielle Politik, die Krise rasch zu entschärfen.

Als Algerien schließlich unabhängig wurde und Wischnewskis Prognosen eintrafen, konnte Willy Brandt öffentlich erklären, dass die Jungsozialisten durch ihre stille Nebenaußenpolitik einen bedeutenden Beitrag für die Bundesrepublik geleistet hatten. Wischnewski selbst beschrieb später, wie schwierig, heikel und langwierig dieses Engagement in der Algerienpolitik gewesen war.

3.2 EINE NACHRICHTENDIENSTLICHE NEBENAUBENPOLITIK

Bei besonders sensiblen politischen Themen, in denen offizielle diplomatische Schritte kaum möglich sind, spielen Geheimdienste eine wichtige Rolle. Das gilt sogar dann, wenn es um Kontakte zu einer Gruppe geht, die offiziell als Gegner betrachtet wird.

So gab es tatsächlich geheime Verbindungen zwischen dem Bundesnachrichtendienst (BND) und der algerischen Befreiungsfront FLN – das ist historische Realität. Während des langen Algerienkrieges fanden die ersten verdeckten Kontakte zwischen

der FLN bzw. der Nationalen Befreiungsarmee (ALN) und einer staatlichen Stelle der Bundesrepublik unter strikter Geheimhaltung statt. Vermittelt wurden sie durch Dr. Mohamed Seghir Nekkache für die FLN und Richard Christmann, den Leiter der BND-Außenstelle in Tunesien.

Hinter den Kulissen verfolgten Deutschland und Frankreich weiterhin eigene, teils gegensätzliche Interessen, auch wenn dies nach außen hin oft verborgen blieb.

Für die Bundesrepublik spielte der BND deshalb eine wichtige Rolle, weil er Aufgaben übernehmen konnte, die das Auswärtige Amt offiziell nicht erfüllen durfte. Ein Beispiel war der Umgang mit deutschen Soldaten, die aus der französischen Fremdenlegion desertiert waren. Der BND nahm heimlich Kontakt zu algerischen Stellen auf, um diesen Männern die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen.

Durch diese verdeckten Gespräche konnte der deutsche Geheimdienst ein gutes Verhältnis zur algerischen Nationalen Befreiungsarmee aufbauen und damit die Nachteile ausgleichen, die durch die enge politische Zusammenarbeit der Bundesregierung mit Frankreich entstanden. Obwohl die Bundesrepublik die algerische Exilregierung nicht offiziell anerkannte, zeigte die algerische Seite großes Vertrauen: Am 17. April 1962 lud ALN-Stabschef Oberst Houari Boumediene den in Tunis tätigen BND-Offizier Christmann zu einer Militärparade im Hauptquartier der ALN in Kef ein – anlässlich eines Besuchs von Ben Bella. Boumediene übergab sogar Ausweise, die zur Vorlage bei der deutschen Botschaft in Tunis gedacht waren.

Die deutsche Vertretung in Tunesien reagierte jedoch nicht auf diese Einladung.

4 DIE ABLÖSUNG DER SCHAUKEL-POLITIK

Als General de Gaulle am 4. November 1960 ein „algerisches Algerien“ forderte, rieten die Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes dem Kanzler erneut, die Frage international zur Sprache zu bringen. Doch er reagierte nicht. Erst als im Februar 1961 die Regierungskonferenz der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) einberufen wurde und sich neue politische Möglichkeiten ergaben, begann der Kanzler vorsichtig zu handeln. Insgeheim hoffte er nun auf ein baldiges Ende des Algerienkrieges.

Der Algerienkrieg näherte sich seinem Ende, und die Unabhängigkeit Algeriens war absehbar. Deutschland hatte inzwischen stabile Beziehungen zu Frankreich aufgebaut, seine Stellung im westlichen Bündnis gefestigt und politischen Einfluss gewonnen. Deshalb sah das Auswärtige Amt nun eine günstige Chance, endlich aus der schwierigen Lage herauszukommen. Als immer deutlicher wurde, dass de Gaulle

direkte Verhandlungen mit der FLN führen wollte und selbst nach einer Lösung für die algerische Unabhängigkeit suchte, musste die deutsche Regierung ihre eigenen Interessen schützen. Sie wollte vermeiden, dass die Sowjetunion in Nordafrika an Einfluss gewann. Daher nahm sie vorsichtig Kontakte zur FLN auf und machte ihr einige geheime Zugeständnisse.

Mitte März 1961 kam es schließlich zu einem ersten Kontakt mit der deutschen Regierung – ein Schritt, den die provisorische algerische Regierung (GPRA) lange angestrebt, aber aus Rücksicht auf Frankreich bisher nicht gewagt hatte. Dieser Kontakt entstand bei einem privaten Treffen zwischen der Vertreterin der GPRA, Hali Ghani, und dem Ministerialdirektor Joseph Jansen, einem einflussreichen Beamten des Auswärtigen Amtes. Ghani setzte ihre Gespräche anschließend im Bundestag fort, und zwar mit Abgeordneten aller drei Fraktionen: Ernst Majonica (CDU/CSU), Ernst Aschenbach (FDP) und mehrfach mit Hans-Jürgen Wischniewski (SPD).

5 FAZIT

Während des Algerienkrieges befand sich die Bundesrepublik Deutschland in einer schwierigen Situation. Einerseits wollte sie ihre enge Zusammenarbeit mit Frankreich zeigen – einem Land, das damals einen harten Krieg gegen die algerische Unabhängigkeitsbewegung führte. Andererseits musste Deutschland auch seine politischen und wirtschaftlichen Interessen in den Entwicklungsländern schützen, besonders in den arabischen Staaten, die die Algerier unterstützten.

Um beiden Seiten gerecht zu werden, verfolgte Deutschland eine Art Balancepolitik, bei der es ständig zwischen Frankreich und den algerischen Forderungen hin- und

herschwenken musste. Diese Politik wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung verschiedener Gruppen: der politischen Linken in Deutschland, der Anhänger der algerischen Revolution und der Geheimdienste, die versuchten, deutsche Interessen gegenüber beiden Konfliktparteien zu sichern.

Durch diese vorsichtige Ausgleichspolitik konnte die Bundesrepublik ihre guten Beziehungen zu Frankreich aufrechterhalten und gleichzeitig ihre eigenen Interessen gegenüber dem zukünftigen Staat Algerien schützen. Das war wichtig, weil Algerien später zu einem bedeutenden Partner in der arabischen Welt wurde.

Außerdem gelang es Westdeutschland, einen wichtigen diplomatischen Erfolg gegenüber der DDR zu erzielen. Im Kampf um das sogenannte „Alleinvertretungsrecht“ entschied sich Algerien dafür, nur die Bundesrepublik anzuerkennen – nicht aber die DDR. Am 1. Oktober 1962 nahm Algerien offiziell diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik auf und ernannte Hafid Karamane zu seinem Botschafter.

6 LITERATURVERZEICHNIS :

1. CAHN, Jean-Paul ; Klaus-Jürgen Müller : La République fédérale d'Allemagne et la guerre d'Algérie : 1954-1962 : perception, implication et retombées diplomatiques, le Félin, Paris , 2003.
2. CAHN, Jean-Paul: Bedrohung für die deutsch-französischen Beziehungen ? Die Bundesrepublik Deutschland und der Algerienkrieg (1954 - 1963), in: Christiane KOHSER-SPOHN und Frank RENKEN (Hrsg.), Trauma Algerienkrieg. Zur Geschichte und Aufarbeitung eines tabuisierten Konflikts, Campus Verlag, Francfort/New York 2006, S. 227 – 244.
3. BOUGHERARA, Nassima : Les rapports franco-allemands à l'épreuve de la question algérienne (1955-1963), Peter Lang, Berne, 2006.
4. FRANK, Paul: Entschlüsselte Botschaft - Ein Diplomat macht Inventur, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1981.
5. LAPPENKÜPER, Ulrich: Adenauer, de Gaulle und der Algerienkrieg (1958-1962), in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande 31, Grenoble, 1999, S. 603-615.
6. LEGGEWIE , Claus : Kofferträger: das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland, Rotbuch Verlag, 1984.
7. MICHELS, Eckard: Deutsche in der Fremdenlegion 1870 - 1965 : Mythen und Realitäten. 5. durchges. Aufl.. M: Schöningh, 2006.

8. MÜLLER, Klaus-Jürgen . Die Bundesrepublik und der Algerienkrieg, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte H. 4/1990, S. 609-641.
9. RITZI, Matthias ; SCHMIDT-EENBOOM, Erich: Im Schatten des Dritten Reiches : der BND und sein Agent Richard Christmann. 1. Auflage. Berlin: Ch. Links Verlag, 2011.
10. SCHEFFLER, Thomas ; Die SPD und der Algerienkrieg (1954-1962), Verlag das arabische Buch, Berlin, 1995.
11. BRANDT, WILLY: Rede auf dem Kölner SPD-Parteitag 1962: Kundgebungen und Entschliessungen des SPD-Parteitages in Köln vom 26. Mai bis 30. Mai 1962. : Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands .